



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/165 - 21.7.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Genf neigt sich dem Ende zu	S. 1
Sowjetische Schiffsbauaufträge in Kiel und Lübeck	S. 3
Stiefkind Luftschutz	S. 5

---

## Achselzucken über die deutsche Frage

P.R., Genf

Die Konferenz der vier Großen ist zum Punkt 3, zur Frage der Rüstungsbegrenzung übergegangen. Sie ist damit aus dem Stadium der Ungewissheit und schwankenden Aussagen noch nicht heraus. Die Furcht, an ihrem Ende mit leeren Händen dazustehen - oder doch mit einer gemeinsamen Erklärung, die diesen Eindruck erweckt - zwingt alle Teilnehmer zu großen Anstrengungen, denn beide Seiten haben sich für einen Erfolg, man möchte fast sagen, verpflichtet.

Ein Stück dieser Anstrengung war ein Zwischenspiel vom Mittwoch nachmittag. Die Wendung bestand darin, dass die Regierungschefs beschlossen, die Außenminister zu beauftragen, Direktiven für die weitere Bearbeitung der ersten zwei Punkte der Tagesordnung (deutsche Wiedervereinigung und europäische Sicherheit) zu entwerfen. Mit diesen Richtlinien befassten sich die Chefs am Donnerstag ganz kurz, dann ging man zum nächsten Punkt über.

Man kann sich vielleicht ein ungefähres Bild davon machen, wie die Empfehlungen der Außenminister nach westlicher Vorstellung aussehen werden; d.h. welches ihr Themenkreis sein wird. Dazu hat sich Eden geäußert und einige interessante Hinweise gegeben. Danach handelt es sich um vier Dinge:

1. Wiedervereinigung unter den Aspekt der europäischen Sicherheit (wobei die Sicherheit, wie es der russischen Vorstellung entspricht, vermutlich vor den anderen Bestandteilen, der deutschen Frage, behandelt werden würde),

2. Entwurf eines Sicherheitepaktes entweder für ganz Europa oder nur einen Teil, wobei der entscheidende Auffassungsunterschied darin besteht, ob ein solcher Pakt zustande kommen könnte, vor, zusammen, mit oder nach der deutschen Wiedervereinigung.
3. Begrenzung und Kontrolle der Streitkräfte in Deutschland, bzw. in beiden Teilen Deutschlands und "in seinen Nachbarländern".
4. Schaffung einer entmilitarisierten Zone, deren Grenzen noch ganz ungewiss sind.

Darüber hinaus veröffentlichten die Sowjets am Mittwoch den Entwurf ihrer Vorstellungen über einen Sicherheitepakt, für die schon in der Bulganinrede vom Montag entwickelten sogenannten ersten Phase, einen Entwurf, der ausdrücklich die zwei Teile Deutschlands als selbständige Vertragspartner bezeichnet.

Das alles sind Ansatzpunkte, gewiss nicht mehr. Man kann nur sagen, dass solche Ansatzpunkte zu schaffen gerade die Aufgabe von Genf ist. Insofern dürfe man auch nicht ohne weiteres von einem Versagen in der deutschen Frage sprechen, solange sie auf der Tagesordnung, wenn auch nur der Beratungen der Außenminister, steht. Das aber geschieht hier in Genf ziemlich allgemein. Natürlich kommt es entscheidend darauf an, welchen konkreten Inhalt solche Hinweise und Richtlinien, Anhaltspunkte oder Leitgedanken, die für eine spätere Außenministerkonferenz erarbeitet werden sollen, besitzen, wie weit sie wirklich aussichtsvolle Ausgangspositionen sind oder nur vage Formeln, hinter denen sich von vornherein der Wille zur Passivität verbirgt. Es ist klar, dass der Geist, in dem die Außenminister später zusammentreten werden, weitgehend von der eigenen Grundeinstellung mitbestimmend sein wird, von der in diesen Tagen die Regierungschefs selbst ausgehen. In der Deutschlandfrage ist diese Grundhaltung eben ganz eindeutig auf Ausklammern und Zurückstellen ausgerichtet.

Die Spekulation der Westmächte, besonders hartnäckig von der Bundesregierung vertreten, die dahingehet, die Pariser Verträge und der militärische Anschluß der Bundesrepublik an diesem System habe die Sowjets erst an den Verhandlungstisch gebracht und sie für Verhandlungen auch über eine Lösung der Deutschlandfrage nach der Vorstellungen des Westens bereitgemacht, ist eindeutig widerlegt.

Die Bundesregierung sollte auch nicht der Eindruck erwecken, als ob die für den Herbst angekündigte Reise des Kanzlers nach Moskau daran etwas ändern kann. Auch zu diesem Zukunftstermin wird die Frage der deutschen Einheit keinesfalls aktuell sein. Alles was besprochen werden kann, wird nur der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und einem Teil Deutschlands dienen können.

Doch zunächst handelt es sich noch um das, was in Genf geschieht, um das Gespräch der Großen Vier. Ein eindeutiger Fehlschlag wird sicher nicht ihr Ergebnis sein, aber in jedem Fall wird man mit keinen Terminen zu rechnen haben, innerhalb derer man zu einigermaßen konkreten Fortschritten kommt. Für Oktober könnte man eventuell mit einer Spezialkonferenz über die Sicherheitsfrage, wieder in Genf, rechnen, so heißt es. Für November dann mit der Abrüstungskonferenz in New York, während man die Frage der besseren Beziehungen und Verbindungen aller Art zwischen dem Westen und dem Osten (Punkt 4 der Tagesordnung) schon vorher anpacken werde. Von einer neuen Begegnung mit dem besonderen Thema "Deutschland" ist nirgends etwas zu hören. Dieser Frage begegnet man zumeist mit einem recht hilflosen oder auch gleichgültigen Achselzucken. \* \* \*

Fischereifabrikflotte für Sowjetrußland

R.A., Kiel

In Kiel und Lübeck befindet sich gegenwärtig eine komplette Fischereifabrikflotte für Sowjetrußland im Bau. Sie wird von Fachleuten als die modernste der Welt angesehen und ist deren Ansicht nach geeignet, den gesamten Hochseefischfang umzukrempeln. Auf den bundes-eigenen Kieler Howaldtswerken werden im Fließbandverfahren 24 Fischereifabriksschiffe im Werte von 200 Millionen DM gebaut. Die Lübecker Maschinenbau A.G. liefert fünf dazugehörige Fischkühltransporter im Werte von 50 Millionen DM. Diese 29 Schiffe für den bedeutenden Betrag von 250 Millionen DM beabsichtigt die Sowjetunion vom Sommer 1956 ab für den Fischfang in den Gewässern um den Nordpol herum einzusetzen.

Die Fabrikschiffe sind hochmodern ausgerüstet. Sie haben Fischlupen, mit denen man auf der Grundlage reflektierter Kurzwellen Fischschwärme tief im Wasser und weit voraus feststellen kann. Radargeräte lassen eine Orientierung bei Nacht und Nebel zu. Kreiselkompassse sorgen für genaue Ortsbestimmung unabhängig von den magnetischen Mißweisungen, die gerade auf den Polarkappen so gefürchtet sind. Sprechfunk ermöglicht eine pausenlose Verständigung miteinander. Eisbrechersteven schließlich lassen die Fangfahrt bis in den hohen Norden zu.

Die 24 Fischereifabriksschiffe sollen gemeinsam mit den fünf Fischkühltransportern operieren. Die ganze Flotte wird monatelang im nördlichen Eismeer im Einsatz sein. Während die Fabrikschiffe mittel Nylonnetzen den Fang über eine achtern im Schiff eingelassene Gleitbahn - diese Konstruktion ist erstmalig in der Welt - heraufziehen und vollständig verarbeiten, werden die Kühlschiffe den marktfertigen Fang auf hoher See übernehmen und in den sibirischen Häfen anlanden. Man rechnet damit, dass diese Flotte allein den Bedarf für 15 Millionen Menschen an Fischnahrung decken kann, wenn man nach europäischen Maßstäben rechnet.

Die Russen haben bei der Auftragsvergabe viel Rücksicht auf westliche Gefühle genommen; sie haben hier sozusagen einen New Look

entwickelt. Beim Stapellauf wird die Ambo3-Polka statt der russischen Nationalhymne gespielt. Die Schiffe erhalten weder die Namen deutscher, noch russischer Bolschewistenführer. Von den 24 Fabrikschiffen sind bisher sechs vom Stapel gelaufen, welche der Reihe nach Namen russischer Klassiker erhielten: "Puschkin", "Gogol", "Nekrassow", "Dobrocluebow", "N.Cstrowskij" und "Dostojewskij". Der erste Kühltransporter wurde in Lübeck auf den Flußnamen "Jana" getauft. Auch die anderen vier Kühlschiffe werden unverfängliche Flußnamen erhalten.

An Bord der Fabrikschiffe wird freilich so recht der "Klassenunterschied der neuen bolschewistischen Gesellschaft" sichtbar. Der Kapitän erhält in seiner Kajüte ein Bad und ein Schlaraflia-Bett mit einem Sprachrohr darüber, das zur Brücke führt. Für die Frauen, welche die sehr schwere Arbeit an den Fischverarbeitungsmaschinen verrichten sollen, sind Anschnallgürtel am Arbeitsplatz vorgesehen, damit sie nicht bei Sturm und Seegang ausfallen. Es gibt aber an Bord auch Kojen mit Federmatratzen in Vier-Mann-Kabinen, sowie Waschmaschinen und chemische Reinigungsanlagen.

In Kiel halten sich zur Ausbildung eine größere Anzahl russischer Matrosen auf, welche den Umgang mit den Dieselmotoren und Fischverarbeitungsmaschinen lernen sollen. Für diese Matrosen gibt es allerdings noch keinen New Look, denn sie werden während der Freizeit streng im Hotelzimmer festgehalten. Da haben es die drei Prüfungsingenieure, die auf den Howaldtswerken nach schärfsten Maßstäben kontrollieren, schon besser. Für sie wurde im Kieler Westen eine moderne Villa eingerichtet und auch der Mercedes 300 mußte die Werk auf Grund des Liefervertrages stellen.

Für die schleswig-holsteinische Werftindustrie bedeutet ein 250 Millionen-Russenauftrag, der promptestens in jeder gewünschten Währung bezahlt wird, natürlich ein interessantes und beschliches Geschäft. Von den rund 25 000 schleswig-holsteinischen Werftarbeitern sind etwa zwei Drittel für den Export tätig. Von diesem Exportanteil gehen allein 21 Prozent nach Sowjetrußland. Berücksichtigt man aber den hohen Wert der neuen Spezialschiffe, so sind es 30 Prozent des Exportes, die für die russische Außenhandelsorganisation Sudco-Import geliefert werden.

\* \* \*

Offene Türen eingerannt

Off. In der 3. Lesung des Freiwilligengesetzes wurde von der Opposition abermals die Frage des Schutzes der Zivilbevölkerung eindringlich und anklagend der Regierung vorgelegt. Die jüngsten NATO-Luftmanöver (Carte blanche) im westdeutschen Raum gaben der Berechtigung der seit zwei Jahren vergeblich gestellten Forderungen der Opposition eine unheilvolle Bestätigung. 12 Millionen DM zum Schutze der Bevölkerung stehen den 9000 Millionen DM des Verteidigungsetats gegenüber. Die Atomkanonen stehen seit Jahren am Rhein, aber nicht einmal Sandsäcke zum Abdecken primitivster Erdlöcher sind beschrift. Der von den Experten in allen Ländern als unumgänglich angegebene bauliche Luftschutz kommt bei uns nicht nur spät, er kommt für wichtige Gebiete - da den Möglichkeiten der Bautechniker auch Grenzen gezogen sind - zu spät. Es wird im Regelfalle z.B. nicht mehr möglich sein, in den Stadtkernen der 82 größeren Städte noch nachträglich in den Häusern die erforderliche 60 cm Betondecke einzuziehen.

Nachdem in Umwertung der Kleiderordnung in der Debatte am 16.7. der Bundesminister für Sonderaufgaben, Strauß, zu Angelegenheiten der Verteidigungs- und Innenminister gesprochen hatte, meldete sich doch noch der Innenminister zu Wort. Zunächst kündigte er für den Herbst die Vorlage des Luftschutzgesetzes an, das schon vor 3 Jahren fertig und verstaubt von seinem Vorgänger in eine Schublade gelegt worden war. Dann sollen die jetzt zur Verfügung stehenden 12 Millionen DM über den Nachtragehaushalt auf insgesamt 82 Millionen DM gebracht werden. Dieser Betrag sei Teil eines 3-Jahresplanes von insgesamt 1,2 Mrd. DM. Diese 1,2 Mrd. DM sind nun aber absolut nicht identisch mit dem Antrag der SPD, der pro Jahr 1,2 Mrd. DM vorsieht - also in 3 Jahren etwa 3,6 Mrd. - und im Übrigen die Ansicht des Bundesinnenministers, die Kosten zu einem Drittel den Kommunen aufzuerlegen, ganz und gar nicht teilt. Die SPD beantragte vielmehr, dafür den Verteidigungsbeitrag um diese Summe zu kürzen.

Sicherlich sind diese jetzt geplanten Teilmaßnahmen ein begrüßenswerter Fortschritt gegenüber dem bisherigen Nichts und für einen Beginn etwa 1950 wären sie vielleicht auch ausreichend gewesen. Das Wohnungsbauministerium wird aber nachweisen können, wie der Kostenanfall seitdem - weil nichts geschah - progressiv gestiegen ist und dass ein Nachholbedarf sich nicht einfach ignorieren lässt.

Der Bundesinnenminister richtete zum Schluß insbesondere einen Appell zur Zusammenarbeit in dieser Frage an die Opposition. Damit wurde nun eine offene Tür eingeebnert, denn es war ja die Opposition, die den Innenminister bei dem abweisenden Finanzminister unterstützte. Die Regierungsparteien knallten in jedem Jahre die Türe zu Maßnahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung zu. Allein an ihre Adresse gilt es, Appelle zu richten.

\* \* \*

---

Verantwortlich: i. V. Albert Dikler